

TIERHALTUNG: Ein Berner Oberländer Bergbauer will die Verwaltung zum Handeln zwingen

Kampf für Raus-Flexibilität geht weiter

Nationalrat Erich von Siebenthal und Ständerat Werner Salzmann (beide SVP, BE) fordern in einer Motion, dass es beim Raus-Programm im Berggebiet im Mai und Oktober bei schlechtem Wetter eine Erleichterung gibt.

DANIEL SALZMANN

Sehr viel Rindvieh wird in der Schweiz im staatlichen Tierwohlprogramm «Regelmässiger Auslauf ins Freie (Raus)» gehalten. Dieses Programm schreibt vor, dass den Tieren vom 1. Mai bis zum 31. Oktober an mindestens 26 Tagen pro Monat Auslauf auf einer Weide zu gewähren ist. Das gilt für die ganze Schweiz, vom Klettgau auf 430 Metern über Meer bis hinten ins Maderanerthal auf 1430 Metern über Meer in der Bergzone IV. Daran stossen sich seit Langem zahlreiche Landwirte im Berggebiet. Denn auch, wenn vegetationsbedingt der Weidegang im Mai noch nicht oder im November nicht mehr möglich ist, müssen sie ihre Tiere 26 Mal im Monat in den Laufhof lassen und können nicht im Winterfütterungsrhythmus mit 13 Mal Laufhof pro Monat bleiben oder im November noch nicht in diesen wechseln. Das sorgt in erster Linie für einen grossen Aufwand.

13 Mal sollen reichen

Darum haben Bergbauer und Nationalrat Erich von Siebenthal (SVP, BE) und Agronom und Ständerat Werner Salzmann (SVP, BE) in der vergangenen Frühlingssession jeweils eine gleichlautende Motion eingereicht. Ihr Wortlaut ist: «Der Bundesrat wird beauftragt, die spezifischen Anforderungen in Anhang 6 Ziffer 2.1 der Direktzahlungsverordnung



Wenn im Mai in den Bergen noch Schnee liegt, ist der Weidegang unmöglich. (Bild: Doris Bigler)

betreffend Weidezeitpunkt für das Raus-Programm ab der Bergzone I so anzupassen, dass, wenn vegetationsbedingt im Mai und im Oktober kein Weidegang möglich ist, die Bestimmungen von 13 Mal Laufhof pro Monat anteilmässig zu erfüllen sind.» Es sei offensichtlich, dass der Frühling nicht in der ganzen Schweiz am gleichen Tag beginne, heisst es in der Begründung. Darum sei es notwendig, im Berggebiet für die Landwirte die Regelung für den Auslauf an die witterungsbedingte Realität anzupassen. Die heute vorgesehene Flexibilisierung via kantonale Ausnahmebewilligung für den einzelnen Betrieb bei Infrastrukturproblemen sei unzureichend und führe zu einem unverhältnismässig hohen administrativen Aufwand. Es ist davon auszugehen, dass der Bundesrat die Motion ablehnen wird. Im Juni 2021, als im Nationalrat ein ähnlicher

Vorstoss aufs Tapet gekommen war, sagte Bundesrat Guy Parmelin, das Raus-Programm sei freiwillig (bald allerdings könnten Verkehrsmilchproduzenten wegen der Branchenregelung in Schwierigkeiten kommen, wenn sie die Kühe im Anbindestall halten und nicht am Raus-Programm teilnehmen würden), der Aufwand sei mit Beiträgen entschädigt, und wenn die Weide nicht möglich sei, sei ja der Laufhof möglich, und obendrauf gebe es kantonale Ausnahmebewilligungen. Aus der Praxis hört man, dass mehrere solche Bewilligungen kürzlich auslaufen seien. Es könne auch gefährlich sein, wenn sich Tiere nach einigen Tagen mit dem Auslauf nicht mehr zufrieden geben wollten.

«Das ist eine Schikane»

Erich von Siebenthal hat bereits vor mehr als zehn Jahren

eine Flexibilisierung bei Raus gefordert. Nach dem Ja des Parlaments hat die Verwaltung den Vorstoss aber nie umgesetzt. Er erklärt sich dies damit, dass die Regelung für Anbindestallnutzer

im Berggebiet eine Schikane darstelle, die den Anbindestall unattraktiv mache, was vermutlich im Sinn von Bundesbern sei. In der Tat hat der Laufstall dort viel mehr Rückhalt.

BREITE POLITISCHE UNTERSTÜTZUNG

Die Motion von Nationalrat Erich von Siebenthal (SVP, BE) haben folgende Ratskollegen mitunterschieden: Andreas Aebi (SVP, BE), Christine Baderscher (Grüne, BE), Jacques Bourgeois (FDP, FR), Martin Candinas (Mitte, GR), Marcel Dettling (SVP, SZ), Andreas Gafner (EDU, BE), Anna Giacometti (FDP, GR), Alois Huber (SVP, AG), Martina Munz (SP, SH), Leo Müller (Mitte, LU), Philippe Nantermod (FDP, VS), Jon Pult (SP, GR), Markus Ritter (Mitte, SG), Albert Rösti

(SVP, BE) und Jacqueline de Quattro (FDP, VD). Die Motion von Ständerat Werner Salzmann (SVP, BE) haben folgende Ratskollegen mitunterzeichnet: Andrea Caroni (FDP, AR), Josef Dittli (FDP, UR), Erich Ettl (Mitte, OW), Olivier François (FDP, VD), Hannes Germann (SVP, SH), Charles Juillard (Mitte, JU), Hansjörg Knecht (SVP, AG), Othmar Reichmuth (Mitte, SZ), Martin Schmid (FDP, GR), Jakob Stark (SVP, TG), Hans Wicki (FDP, NW), Roberto Zanetti (SP, SO). sal

VOLKSINITIATIVE: Grüne und SP lancieren Klimafonds-Initiative

«Fonds für Green New Deal»

Grüne und SP wollen mit Milliarden von Bundesgeldern dem Klimaschutz mehr Gewicht geben. Es geht auch um Karbonsenken.

ADRIAN HALDIMANN

«Steigen wir um: weg von der Verschwendung der Energie hin zum sorgfältigen Umgang. Steigen wir um: weg von der Klimawärme hin zu erneuerbaren Energien.» Mit diesen Worten stimmte der Grünen-Präsident Balthasar Glättli am Samstag an der Delegiertenversammlung (DV) der Grünen euphorisch auf die Klimafonds-Initiative ein. Die DV hat die Lancierung der Volksinitiative beschlossen – ein gemeinsames Projekt der Grünen und der SP Schweiz – als Antwort auf das vom Volk abgelehnte CO₂-Gesetz. «Die Schweiz braucht einen Klimafonds für einen Green New Deal», meinte der Zürcher Nationalrat Glättli.

Investitionsfonds

Die Initiative sieht vor, dass der Bund jedes Jahr zwischen 0,5 und 1 Prozent des Bruttoinlandproduktes, also zwischen 3,5 bis 7 Milliarden Franken, in einen staatlichen Investitionsfonds für den ökologischen Umbau der Schweiz investiert. Ziel sei es, mit Massnahmen den Schutz von Klima- und Biodiversität zu unterstützen.



DV der Grünen: Sie wollen konsequente Massnahmen zum Schutz von Klima und Biodiversität. (Bild: twitter/Grüne Schweiz)

Die Grünen sprechen von einer «Jahrhundertherausforderung», die mit dieser Initiative das nötige Gewicht erhalten solle. Allerdings scheinen sie sich bewusst zu sein, dass die Schweiz alleine nichts gegen den Klimawandel ausrichten kann. Man wolle eine Vorreiterrolle für den Klimaschutz übernehmen, neue Technologien entwickeln und Fachkräfte ausbilden, ist auf der Website der Grünen zu lesen.

Chance für Landwirte?

Die Initianten wollen insbesondere weg von den fossilen Energien. Sie seien ein Fluch, denn die Erlöse aus Öl und Gas kämen Diktatoren und Oligarchen zugute, meinte Glättli. Gemäss Entwurf des Initiativtextes soll der Bund auch den Ausbau der erneuerbaren Energien unterstützen.

Weiter heisst es im Initiativtext: «Der Bund unterstützt die negativen Emissionen, insbesondere durch natürliche Karbonsenken.» Mit den natürlichen Karbonsenken könnte etwa das Carbon Farming gefördert werden. Neue Einkommensmöglichkeiten für Landwirte sind möglich. Unter Carbon Farming werden alle landwirtschaftlichen Methoden zusammengefasst, bei denen CO₂ in Böden zurückgeführt wird. Carbon Farming charakterisiert also einen wichtigen Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft und verfolgt das Ziel, mehr Kohlenstoff zu binden und so den Klimawandel abzuschwächen.

Doch bisher weckte das Thema «Carbon Farming» mehr Illusionen, als dass es neue, solide Geschäftsfelder geschaffen hat. Den Karbonsenken fehlten bisher die verlässlichen Daten.

BERN: Moser will die Akteure verstehen

Archiv für Agrargeschichte feiert 20-Jahr-Jubiläum

Das Archiv für Agrargeschichte hat viele agrarische Archivbestände erschlossen und Datenbanken aufgebaut.

DANIEL SALZMANN

Vor 30 Jahren hatte Bauernsohn und Historiker Peter Moser die Idee, ein Archiv für Agrargeschichte (AfA) zu schaffen. Bis zur Realisierung dauerte es zehn Jahre. Aber nun hat die Institution, die, wie er sagt, eine fragile Institution geblieben ist, auch weil sie von der öffentlichen Hand keine Gelder bekommt, während 20 Jahren überlebt. Seither hat Moser zusammen mit seinem Team in unermüdlicher Kleinarbeit über 200 Archive von Institutionen aus der Landwirtschaft und ihrem Umfeld erschlossen. Die Archivalien lagern dabei nicht beim AfA selbst, sondern etwa im Bundesarchiv oder in kantonalen Archiven. Und Moser hat, basierend auf den erschlossenen Quellen, mehrere Bücher geschrieben, so zur Geschichte der Milchwirtschaft und zur Alkoholverwaltung. An einer Feier zum 20-Jahr-Jubiläum des AfA letzte Woche in Bern blende Moser den Titel eines Buches von Zacharias Gysel aus dem Jahr 1854 ein, ein Zitat, das angesichts der Kritik, mit der sich die Landwirtschaft auch heute oder gerade heute konfrontiert sieht, durchaus Aktualitätswert hat:



Peter Moser ist Gründer des Archivs für Agrargeschichte. (Bild: Samuel Krähenbühl)

«Der Schaffhauser Bauer, wie er sein sollte, und wie er nicht ist, wie er ist, und wie er nicht sein sollte.» Moser sagte, ihm und seinem Team gehe es nicht darum, die Leute zu erziehen, sondern die Akteure zu verstehen, um nachvollziehen zu können, was sie unter welchen Bedingungen machten. Und gab dann doch zu: «Im Kleinen möchten wir die Welt schon auch verändern.» In seiner mit trockenen Pointen gespickten Rede brachte Moser auch auf den Punkt, warum es bei der Landwirtschaft manchmal die bekannte toxische Kombination aus direkter Betroffenheit und Unwissenheit gibt: «Was im Agrarischen geschieht, nehmen wir täglich in uns auf, über den Stoffwechsel, aber auch mit den Augen.» SEITE 11

www.agrararchiv.ch

NACHRICHTEN

Bauer will gegen Bayer klagen

Winzer Peter Wehrli, langjähriger SVP-Grossrat aus Küttigen AG, erlitt bei der Ernte 2015 einen grossen Schaden, weil er Moon Privilege, ein Pflanzenschutzmittel von der Firma Bayer, eingesetzt hatte. Schweizer Betriebe hatten rund 900 Rebbaubetriebe dasselbe Problem, der «Schweizer Bauer» berichtete damals auf der Titelseite. Laut dem «Tages-Anzeiger» hat Wehrli in dieser Sache Klage gegen die Schweizerische Eidgenossenschaft eingereicht, weil sie das Mittel geprüft und im Jahr 2012 bewilligt hatte. Wehrli nimmt aber auch Herstellerin Bayer ins Visier, er hat die Firma betrieben, damit die Sache nicht verjährt, bald will er Klage einreichen. So berichtet der «Tages-Anzeiger». Wehrli hatte demnach nur zehn Tage Zeit, um «eine freiwillige Zahlung für Ertragsverluste» anzunehmen. Wehrli lehnte ab, auch nachdem Bayer ihr Angebot von anfänglich 153 000 Franken auf 361 000 Franken erhöhte. Wehrli aber will eine Million Franken. Diesen Schaden haben laut «Tages-Anzeiger» seine Berechnungen ergeben. Es gehe ihm nicht nur ums Geld, sondern auch ums Prinzip und um seine Ehre, er fühle sich ungerecht behandelt, das «arrogante Auftreten» von Bayer mache ihn hässig. sal

Fragen zu den Holzerkursen

Ständerat Werner Salzmann (SVP, BE) hat am 14. März eine Interpellation mit dem Titel «Überregulierung bei Waldgesetz führt zu Problemen» eingereicht. Er bezieht sich dabei auf eine Änderung des Waldgesetzes vom 1. Januar 2017, die zur Folge hat, dass per 1. Januar 2022 alle Arbeitskräfte, die gegen Entgelt Holzerarbeiten ausführen, einen Holzerkurs benötigen. Salzmann beurteilt die aktuelle Situation wie folgt: «Wie das Ganze momentan reguliert oder eher überreguliert ist, führt es zu mehr Problemen, als solche gelöst werden.» Er stellt Fragen, die der Bundesrat nun in den nächsten Wochen beantworten muss. Salzmann will wissen, was konkret bei Nachbarschaftshilfe, für Mitarbeiter in Gartenbau- und Obstbaubetrieben und für Lernende in Landwirtschaftsbetrieben gelte. Er kritisiert, dass die Kantone die Gleichwertigkeitsanerkennung unterschiedlich handhaben und erinnert den Bundesrat daran, dass Bundesrätin Doris Leuthard am 9. März 2017 im Ständerat versprochen hat: «Ein Kurs kostet 200 Franken.» Nun müsse man feststellen, dass die Kurskosten weit über 200 Franken lägen. sal SEITE 13

Klimahelden wollen weniger arbeiten

Weniger arbeiten für mehr Klimaschutz – mit dieser Forderung rufen Klimaschützerinnen und Klimaschützer zu einem schweizweiten Aktionstag am 9. April auf. Eine reduzierte Arbeitszeit soll dabei helfen, überflüssige und klimaschädliche Überproduktion zu verhindern. Eine verkürzte Lohnarbeitszeit soll nicht nur dem Klima, sondern auch feministischen Anliegen und den Arbeitnehmenden helfen, wie die Vereinigung «Strike for Future» letzte Woche mitteilte. Dabei handelt es sich um einen Zusammenschluss von Klimastreik, Gewerkschaften, feministischen Kollektiven und weiteren sozialen Organisationen. sda/hal